

PROBLEME DER BÖHMISCHEN GESCHICHTE  
ZWISCHEN 1848 UND 1914\*

*Von Friedrich Prinz*

Was ich Ihnen hier vortragen will, soll keine zusammenhängende Darstellung der politischen und sozialen Entwicklung von 1848—1914 sein, diese wäre in einem Referat nur sehr grob und schematisch zu leisten. Vielmehr möchte ich an Hand meines Beitrages zum „Handbuch der Geschichte der Böhmisches Länder“ einige Probleme des Zeitraumes von 1848—1914 berühren, Probleme, die meines Erachtens heute, auf Grund neuer gesellschaftsgeschichtlicher Fragestellungen, anders erscheinen als noch vor 20 Jahren; Probleme, die sich ferner aus der im Handbuch versuchten Zusammenschau der Arbeiten der letzten Jahrzehnte und gleichsam als deren Fazit bei der Darstellung von selbst ergeben haben.

Als Grundprinzip der Handbucharbeit — dies sei noch vorausgeschickt — hat mir dabei stets folgendes vorgeschwebt: Die bisherigen tschechischen wie deutschen Darstellungen der böhmischen Geschichte waren weitgehend so angelegt, daß die Entfaltung des jeweils anderen Volkes vornehmlich als Störvorgang der eigentlich richtigen, „prästabilisiert“ harmonischen Entwicklung der böhmischen Geschichte dargestellt worden ist. Den Tschechen wurde immer wieder indirekt zum Vorwurf gemacht, daß sie sich in einem deutschen Mitteleuropa nicht haben völlig einschmelzen lassen, und umgekehrt haben die Tschechen die Sudetendeutschen als koloniale Eindringlinge und fortgesetzte Störer einer rein tschechischen Eigenentwicklung betrachtet, gleichsam als „Sand im Getriebe“. So entstanden böhmische Geschichten, in denen — von tschechischem Standpunkt aus — etwa  $\frac{2}{5}$  der Bevölkerung fast völlig von der Bildfläche verschwanden oder nur — um im Bilde zu bleiben — als klimatische Randstörungen auftauchten. Umgekehrt hat sich das Sudetendeutschum — wie das bekannte Sammelwerk von 1937 zeigt — viel stärker im historischen Selbstverständnis von der gesamtböhmischen Entwicklung isoliert als dies objektiv gerechtfertigt war. Für mein engeres Thema taucht z. B. das Deutschtum in Zd. Tobolkas Darstellung von 1848—1918 nicht als historische Eigenpersönlichkeit auf, sondern quasi als Störelement der Landesentwicklung, als Obstruktionspartei im böhmischen Landtag, als Propagator einer „Landeszerreißen“. Man könnte die Reihe der Beispiele auf beiden Seiten beliebig fortsetzen, aber um es kurz zu sagen: Böhmisches Geschichte kann nur Geschichte beider Völker heißen, ohne daß man nun schönfärberisch anfangen darf, das häufige Gegeneinander von Deutschen und

\* Als Vortrag am 21. Januar 1965 im Collegium Carolinum, München, gehalten und in unveränderter Form hier abgedruckt.

Tschechen nachträglich zu harmonisieren und stillschweigend unter der nebulösen Formel des wechselseitigen Gebens und Nehmens zu begraben. Auch dies wäre unhistorisch und würde unverständlich machen, warum der nationale Gegensatz im 19. und 20. Jahrhundert breiteste Massen wahrhaft aufwühlte. Das Nationale als Movens der Geschichte der Neuzeit darf nicht wegdiskutiert werden, es muß nur in seinen mannigfachen gesellschaftsgeschichtlichen Bedingtheiten betrachtet und verstanden werden, in die es stets eingebettet war.

Dies gilt vor allem für das vieldiskutierte Nationalitätenproblem Böhmens, das man vielfach bis in die jüngste Zeit hinein zu isoliert, d. h. ohne seine unterirdischen Verbindungen zur sozialen Entwicklung, betrachtet hat. Einer der bedeutendsten Forscher auf diesem Gebiet, Harold Steinacker, hat es ausdrücklich abgelehnt, den sozialökonomischen Faktoren einen nennenswerten Einfluß auf die Nationalitätenkämpfe einzuräumen. „Wir meinen vielmehr, daß stets außerwirtschaftliche, blutsmäßig seelische, geistig bedingte Antriebe die nationalen Kämpfe hervorrufen.“ Die in K. G. Hugelmanns Standardwerk über das „Nationalitätenrecht des alten Österreich“ enthaltenen Analysen bieten zwar einen glänzenden Überblick über die formalen Probleme der österreichischen Nationalitätenverfassung, gehen aber mitunter an der nationalitätenpolitischen Wirklichkeit vorbei, die sich auch auf diesem Gebiet mit den Kategorien der klassischen Rechts- und Verfassungsgeschichte nur sehr unvollkommen einfangen läßt.

Ähnlich wie Steinacker will Hugo Hantsch das österreichische Nationalitätenproblem wesentlich als Verfassungs- und Reichsproblem aufgefaßt wissen; auch er legt den wirtschaftlich-sozialen Fragen eine untergeordnete Bedeutung bei. Ähnlich beschränkt sich Robert Kann in seinem Werk über das „Multinational Empire“ auf eine Darstellung der nationalen Bewegung und der übernationalen Reformpläne, bei der die ideengeschichtliche Betrachtung überwiegt. Nun ist es keineswegs so, daß die nationale Frage von wirtschaftlichen Faktoren ausgeht und sie fortlaufend determiniert — dieser Gesichtspunkt wird ja besonders von der marxistischen tschechischen Historiographie nach 1945 bemüht —, vielmehr wird man auf Grund der vorliegenden Einzelarbeiten sagen müssen, daß soziale und wirtschaftliche Faktoren den ideologischen Prozeß der Nationsbildung im modernen Sinne zwar nicht ausgelöst, aber seinen Verlauf und seine Durchschlagskraft wesentlich bestimmt und gesteigert haben. Dabei können nationalpolitische Entscheidungen — wie an Karel Kramář zu zeigen sein wird — sowohl gegen wie auch für die sozialökonomische Entwicklung gefällt werden. Die nationale Ideologie ist kein bloßes Derivat der Nationalökonomie, vielmehr ist Ideologie durchaus in dem Sinne zu verstehen, wie das Karl Bosl in seiner Studie über die deutsche, romantisch-liberale Geschichtsauffassung und slawische Legende dargelegt hat. Diesen hier entwickelten Ideologie-Begriff, der aus einer unausgesetzten Wechselwirkung von Gesellschafts- und Geistesgeschichte entsteht, lege ich ebenfalls zugrunde und setze ihn für die folgenden Darlegungen voraus. Ideologie und historische Wirklichkeit gilt es daher gegenüber-

zustellen, wobei vorausgreifend gleich zu sagen ist, daß dies keine starre und sich gegenseitig ausschließende Gegenüberstellung sein kann, sondern im Verlaufe des 19. Jahrhunderts wird die nationale Ideologie ein Teil der politischen Wirklichkeit, indem sie die nationalen Massen ergreift und national ausformt, und umgekehrt verändert die konkrete Beschaffenheit des gesellschaftlich-politischen Lebens die ursprünglich geschlossene, gleichsam monolithische, ideologische Grundkonzeption: wirtschaftliche, soziale, historische Faktoren erzwingen Korrekturen und Adaptionen im ideologischen Leitbild, ein hochinteressanter Prozeß, den die moderne Sowjetunion jeden Tag aufs neue als lebendigen Anschauungsunterricht bietet.

Ideologie und Wirklichkeit, wie wirken sie sich im Nationalitätenkampf der Böhmisches Länder aus, inwiefern ist der Begriff des Nationalitätenkampfes gleichsam selbst ein ideologisches Spaltungsprodukt aus der Begegnung von Ideologie und historisch-politisch-gesellschaftlicher Wirklichkeit?

Der Nationalitätenkampf in Böhmen ist, wie Eugen Lemberg und Hans Kohn gezeigt haben, ein Teilvorgang jener von West nach Ost wandernden politischen Welle in Europa, in der sich die durch eine allmähliche Fundamentaldemokratisierung formierenden Völker geistig und politisch voneinander abgrenzen, ihren Eigenwert und ihre Individualität postulieren und daraus politische Forderungen ableiten. Gleichzeitig ist der Nationalismus ein Mittel der Selbstbehauptung zivilisatorisch noch weniger entwickelter Völker gegenüber dem politisch-kulturellen Druck vollentwickelter Kulturnationen. Deutschlands Nationalempfinden entzündete sich an der politischen und kulturellen Übermacht Frankreichs, dann wanderte diese Frontstellung nach Osten und wurde zur Signatur des nationalen Erwachens der Westslawen gegenüber der deutschen Vorherrschaft. Die Voraussetzung für diese Entwicklung ist das Entstehen einer breiten, selbstbewußt gewordenen bürgerlichen Schicht, der sich nun die alten adeligen Führungsschichten gegenübersehen. In Österreich hatte die thesesianisch-josephinische Epoche einen funktionsfähigen zentralistischen Beamtenapparat entstehen lassen, der dem Bürgertum politische Aufstiegsmöglichkeit, Einblick in die Staatsgeschäfte und damit steigendes Selbstbewußtsein vermittelt hatte. Der absolutistische Zentralismus war im wesentlichen deutsch bestimmt, freilich nicht aus nationalen Gründen, sondern aus Gründen der Staatsraison und der Vereinfachung, wie man heute sagen würde. In der Metternichära konnten daher der Nationalismus und auch der Liberalismus, als die zweite große Bewegungskraft des Jahrhunderts, gemeinsam gegen das „System“ des Staatskanzlers polemisieren, weil sie zwar verschiedene Seiten desselben, aber immerhin dasselbe System attackierten.

In dieser Epoche gab František Palackýs großes Geschichtswerk (1836 ff.) ein grandioses Muster der Verquickung historischer und ideologischer Tendenzen, für Böhmen das Startsignal eines nationalen Kampfes, der bis zum gewaltsamen Ende des Jahres 1945 von Palackýs Ideen mitgeprägt werden sollte. Es ist sehr merkwürdig, daß die ideologische Durchschlagskraft von Palackýs Ideen gerade vom größten und folgenreichsten Ideologen des

19. Jahrhunderts, von Karl Marx, kraß unterschätzt wurde, für den der tschechische Historiker lediglich ein „übergeschnappter deutscher Professor“ war.

Palackýs Geschichtsbild ist bekannt; in ihm erscheinen die Deutschen Böhmens als gewaltsame Eindringlinge und Kolonisten, die mit Feuer und Schwert als Feudalherrn und Germanisatoren einer geradezu bukolisch geschilderten slawischen Urdemokratie ein Ende bereiteten. Thema der böhmischen Geschichte sei daher seit diesem Zeitpunkt der Kampf zwischen Tschechen und Deutschen, die Hussitenzeit wurde zum glanzvollen Höhepunkt der böhmischen Geschichte, die Schlacht am Weißen Berge 1620 aus einer ständisch-konfessionellen (die politisch-strukturell und mutatis mutandis der französischen Adelsfronde gegen die Anfänge eines absoluten Königtums unter Richelieu entsprach) zu einer nationaltschechischen Katastrophe umgedeutet und die darauffolgende Epoche zum „temno“, zum geschichtslosen Dunkel erklärt. Es darf nicht übersehen werden, daß Palacký nicht nur Repräsentant des national erwachenden tschechischen Großbürgertums sondern auch der böhmischen Stände war, als deren Historiograph er ja seine Geschichte Böhmens geschrieben hatte und die sich, mit einem nationaltschechischen Geschichtsbild gewappnet, an die Spitze der nationalen Bewegung zu stellen und damit über dieselbe die Kontrolle zu behalten gedachten. (Nostiz, Deym, Clam-Martinic, Thun etc.).

Inwieweit klafften nun in Palackýs Geschichtsbild ideologische Tendenzen und historische Wirklichkeit — auf die Situation des Revolutionsjahres 1848 bezogen — auseinander?

Palacký unterstellte in Geschichte und Gegenwart eine nationale Geschlossenheit des tschechischen Volkes und gab damit als gemeinsame Haltung eines gesamten Volkskörpers aus, was in Wahrheit 1848 nur politisches Wunschenken und Ziel einer entschlossenen bürgerlichen Eliteschicht war. Die bewußte nationale Einheit einer tschechischen Nation, die als in ewigem Kampf mit der Einheit der deutschen Nation geschildert wurde, bestand weder in der Vergangenheit — nicht einmal während der Hussitenzeit, wie Ferdinand Seibt gezeigt hat — noch existierte sie bereits in der Realität des Jahres 1848. Die tschechischen Bauern z. B. waren vom nationalen Denken noch sehr weit entfernt, sie hielten sich vorerst noch an die Realität ihrer bäuerlichen Existenz, und die war weitgehend dadurch bestimmt, daß Maria Theresia und Josef II., also das absolutistische Kaisertum, den ersten wirklichen Schutz gegen ihre böhmischen Domanialherrschaften gegeben hatten. Es gab die kaiserlichen Kreisämter als die erste Instanz, durch die der Untertan die ständischen Barrieren zwischen sich und der Staatsspitze überspringen konnte. Er war jetzt einigermaßen sicher gegen plötzliche und willkürliche Abstiftung von Haus und Hof, die ihm jahrhundertlang gedroht hatte. So stand der Bauer der böhmischen Länder, ganz gleich ob er Tscheche oder Deutscher war, der aus dem Großbürgertum erwachsenen, von den Ständen geschützten nationalen Ideologie weitgehend gleichgültig gegenüber, was die tschechische Nationalpartei damals damit quittierte, daß in das Wiener Re-

volutionensparlament kein einziger bäuerlicher Vertreter eines noch überwiegend agrarischen Volkes einzog. Hier haben wir also ein erstes Auseinanderklaffen von ideologischem Anspruch und historischer Wirklichkeit, das den böhmischen Nationalitätenkampf kennzeichnet und in den verschiedensten Konstellationen immer wieder zutage treten sollte.

Die neuere marxistische Historiographie hat aus naheliegenden Gründen auf ein weiteres Faktum des nationalen Kampfes in Böhmen aufmerksam gemacht. Innerhalb der von František Palacký postulierten nationalen Einheit der tschechischen Nation gab es eine radikal-demokratische Gruppe, die besonders bei der ersten Wenzelsbadversammlung in Prag am 11. März 1848 mit ihren demokratischen Forderungen hervortrat, und die zwar bäuerliche und auch schon proletarische Interessen zu vertreten versprach, aber nur in geringem Maße nationale. Repräsentanten dieser Richtung, die aus den angeführten Gründen ohne weiteres mit deutschen Radikalen in Böhmen wie auch in Wien sympathisieren konnten, waren Emanuel Arnold, Josef Václav Frič, Vinzenz Vávra, Karel Sabina u. a. Sie stellten eine politische Konkurrenz der großbürgerlich-ständischen Palacký-Gruppe innerhalb des böhmischen Wählerreservoirs dar, wurden aber mit der Niederschlagung des Prager Pfingstaufstandes durch Windischgrätz politisch fast völlig ausgeschaltet, so daß faktisch im Wiener Reichstag die nationale Palacký-Gruppe vorläufig allein das Feld beherrschen konnte. Es gehört ins Gebiet ideologischer Geschichtsumdeutung, wenn die marxistische Historiographie das Verhältnis zwischen der radikal-demokratischen und der großbürgerlich-nationalen Gruppe dahingehend interpretiert, daß die Palacký-Gruppe durch Überbetonung des nationalen Kampfes die ursprünglich demokratisch-revolutionäre Tendenz des 48er Sturmjahres verfälscht und damit den Nationalismus nur als „Finte“ im Klassenkampf verwendet habe. Dazu war dem politisch aktiven Bürgertum der Nationalismus viel zu ernst, ja, er war etwas wie eine Ersatzreligion des 19. Jahrhunderts, mit Abtrünnigen und Konvertierten, auf jeden Fall aber, wie Eugen Lemberg gezeigt hat, eine Bildungs-idee, die sich unmittelbar aus der Entstehung eines industriellen Bürgertums und dessen ideologischer Selbstinterpretation ergab und die mit der fortschreitenden Industrialisierung und Demokratisierung im Verlaufe des Jahrhunderts immer breitere Volksschichten ergriff, ja, im Sinne nationalen Selbstverständnisses „das Volk“ als politisch-ideologische Einheit überhaupt erst schuf.

Wie stand es nun auf deutscher Seite um das Verhältnis zwischen Ideologie und Wirklichkeit in der nationalen Auseinandersetzung? Auch hier waren die Fronten nicht so klar, wie es oft dargestellt worden ist, denn auch innerhalb des Deutschtums Österreichs und der Böhmisches Länder war eine soziologisch erfassbare Gliederung wirksam, die es dem Historiker verwehrt, das „nationale Blockdenken“, wie man es nennen könnte, in die Schilderung der Ereignisse hineinzutragen.

Es gab eine zwar reformwillige, aber antirevolutionäre, supranationale, wenn auch herkunftsmäßig meist deutsche Beamenschicht, die josefinisch

geprägt und großösterreichisch oder „schwarz-gelb“, wie man es nannte, orientiert war. Sie wirkte bis weit in das großbürgerlich-liberale Lager hinein und zählte wichtige Männer zu ihren Repräsentanten: Karl von Kübeck, den Iglauer Schneiderssohn, Franz Graf Stadion, Josef Alexander von Helfert, in gewissem Sinne auch Anton von Schmerling in Frankfurt. Für sie alle war der Fortbestand Großösterreichs eine *conditio sine qua non* bei jeder Parteinahme, so verschiedenartig dieselbe auch innerhalb der einzelnen Revolutionsphasen jeweils sein sollte.

Die deutschen Bauern waren bis 1848 von der deutsch-nationalen Propaganda ebensowenig erreicht wie die tschechischen Bauern von der entsprechenden tschechischen Nationalpropaganda. Durch Mißernten wie durch den daraus resultierenden Steuerdruck herrschte wohl auf dem Lande eine Art revolutionärer Stimmung, die aber weniger grundsätzlich ideologisch-demokratischer Art, geschweige denn national war, sondern auf konkrete bäuerliche Forderungen abzielte, besonders auf die Grundentlastung und die Beseitigung der letzten Reste persönlicher Abhängigkeit vom Gutsherrn. Waren diese Forderungen durchgesetzt, machte sich sehr schnell eine konservative, auch gegen das Landproletariat gerichtete Tendenz bemerkbar, was die deutschen Liberalen und Demokraten zu ihrem Leidwesen verspüren mußten, als sie mit Kudlich die bäuerlichen Forderungen im Wiener Reichstag durchgesetzt hatten. Auch die nationale Formierung der Landbevölkerung blieb somit, wie auf tschechischer Seite, in spärlichen Anfängen stecken und entwickelte sich erst im weiteren Verlaufe des 19. Jahrhunderts als Begleiterscheinung der Demokratisierung. Von nationaler ideologischer Mobilisierung konnte damals noch keine Rede sein. Dies gilt auch von radikal-demokratischen Gruppen, die mit den tschechischen Radikalen aus demokratisch-ideologischen Gründen sympathisierten — Uffo Horn sei hier genannt — und die auch als Radikale, zusammen mit tschechischen Demokraten, 1848 beim Prager Pfingstaufstand in Erscheinung traten.

Blieb also als tragende Schicht der nationalen Auseinandersetzung in dieser Früh epoche das zumeist industrielle deutsche Bürgertum Böhmens, dessen Zusammensetzung etwa mit der großbürgerlich-liberalen Nationalpartei Palackýs, Riegers und Brauners vergleichbar ist, wenn man von der ständischen Komponente auf tschechischer Seite absieht. Pointiert gesprochen könnte man für 1848 sagen, daß der Nationalitätenkampf dieser beiden korrespondierenden, zahlenmäßig noch schwachen Träger der völkischen Idee darin bestand, daß man den eigenen Volksteil dadurch ideologisch-nationalistisch zu mobilisieren versuchte, daß man ihm das radikale nationale Programm der Gegenseite als drohende Zukunftsvision vor Augen malte; wodurch man wiederum Schritt für Schritt den eigenen Volkskörper sowohl als nationale Einheit zu konstituieren, wie auch der eigenen politischen Partei zu integrieren hoffte. Es liegt auf der Hand, daß sich diese ideologische Mobilisierung, die bereits etwas als historische Wirklichkeit ausgab, was sich erst durch ihre Propaganda entfalten sollte, im tschechischen Bevölkerungsteil rascher vollziehen konnte, weil der tschechische Nationalismus in der Gegenwart keinen realen

Anknüpfungspunkt für seine Ziele besaß, während die deutsch-böhmische Nationalpartei immerhin in einem deutsch regierten Großösterreich einen sehr konkreten Garanten seiner nationalen Entwicklungsmöglichkeit hatte, oder zumindest zu haben glaubte. Die Stoßkraft der tschechischen nationalen Ideologie kam also nicht von ungefähr, sondern war der Ausdruck eines kräftig emporstrebenden Bürgertums, das sich mit Hilfe der nationalen Ideologie gegen ein bereits länger und besser etabliertes deutsches Industriebürgertum Böhmens durchsetzen mußte, das seine politischen Interessenvertreter überall in den zentralen Wiener Kommandostellen wußte. Erwähnenswert ist dabei, daß sich das deutsch-böhmische Bürgertum, wie bereits der Teplitzer Kongreß der Liberalen am 28. August 1848 zeigte, hauptsächlich aus der industriellen Gesellschaft rekrutierte, während sich das tschechische Bürgertum, wie neuerdings überzeugend dargelegt wurde, vornehmlich auf der Grundlage des Nahrungsmittelgewerbes entwickelte. Ich glaube, daß dieser Gesichtspunkt bisher noch nicht in seiner vollen Bedeutung für die Tatsache erkannt worden ist, daß in den Böhmisches Ländern der Nationalitätenkampf besonders heiß und scharf entbrannte. Normalerweise pflegt es doch so zu sein, daß gemeinsame wirtschaftliche Interessen auch politische Gemeinsamkeiten zu begründen pflegen, die Arbeiterbewegung ist ja dafür ein sprechendes Beispiel. Warum hat sich dieser Erfahrungsgrundsatz nicht in einem Zusammengehen des deutschen und des tschechischen Bürgertums geäußert? Die Antwort ergibt sich aus dem oben Gesagten: deutsches und tschechisches Bürgertum entfaltete sich auf ganz verschiedenen wirtschaftlichen Grundlagen. Das deutschböhmische, wie das mit demselben politisch eng verbundene deutsch-jüdische Bürgertum war ein spezifisches Industriebürgertum, dessen politische Organisationsform die siegreiche deutschliberale Partei der 60er und 70er Jahre war. Bei den Tschechen hingegen entwickelte sich durch den Aufbau einer hochqualifizierten Nahrungsmittelindustrie ein Bürgertum mit ganz entgegengesetzter wirtschaftlicher Basis. Bier, Zucker, Fleisch- und Mehlproduktion waren seine Grundlagen. Ich erinnere nur an eine Binsenwahrheit, wenn ich sage, daß auch in der Bundesrepublik Industrie und Landwirtschaft diametral entgegengesetzte Interessen vertreten. Man stelle sich, ins Böhmen des 19. Jahrhunderts projiziert, vor, daß diese beiden organisierten Interessengruppen nun auch noch verschiedenen Nationalitäten angehören würden, und niemand braucht sich dann über die Schärfe der politischen Gegensätze zu verwundern, wenn sich, wie in Böhmen, nationale und wirtschaftliche Gegensätze wechselseitig anheizen.

Als seit den 80er Jahren die großindustrielle Gründungswelle immer stärker innerböhmische, d. h. tschechische Gebiete erfaßte und auch das tschechische Volk zu einer ausgesprochenen Industrienation von hohen technischen Qualitäten machte, wurde damit der Gegensatz zum deutschböhmischen Industriebürgertum nicht überwunden, da diese innerböhmische Industrialisierungswelle vornehmlich auf Initiative des deutschen und internationalen Wiener Bankkapitals entstanden war und daher vom nationalen tschechischen

Bürgertum nicht als tschechische, sondern als fremde, Wien hörige Großindustrie mit tschechischem Personal empfunden und abgelehnt wurde. (Kramářs Steuerträgertheorie bezog sich besonders auf solche tschechischen Betriebe unter nichttschechischer Leitung, s. unten!) Das Wiener Großkapital bewirkte somit eher eine Verschärfung der Gegensätze zwischen deutschem und tschechischem Bürgertum, keineswegs jedoch eine durchgreifende „kapitalistische Interessengemeinschaft“ mit politischen Folgen.

Hinzu kommt noch ein weiteres, soziologisches Moment. Das nationale tschechische Bürgertum war zum Großteil Kleinbürgertum, das sich in scharfem Gegensatz zum deutschböhmischem wie zum Wiener deutschen und deutschjüdischen Großbürgertum gleichsam naturnotwendig befand. Dies erklärt zu einem Gutteil den konsequenten Kampf der Tschechen gegen den deutschen Industrieliberalismus und den Aufstieg der kleinbürgerlichen jungtschechischen Partei mit ihrer paramilitärischen Massenorganisation, dem „Sokol“. Umgekehrt erklärt auch die siedlungsmäßige Streulage von Tschechen und Deutschen in Mähren, die keine so scharfe Trennung in deutsches Industriebürgertum und tschechisches Nahrungsmittelbürgertum aufkommen ließ, warum in Mähren der Nationalitätenkampf niemals jene Schroffheit und Unversöhnlichkeit zeigte wie in Böhmen. Mähren erreichte 1905 einen tragfähigen nationalen Ausgleich, als sich deutsches und tschechisches Bürgertum in ihrer Entwicklung etwa die Waage hielten. Dies, und nicht eine aus dem Volkscharakter deduzierte größere Weichheit der Mährer, wie man so oft gesagt hat, bewirkte eine Dämpfung des Nationalitätenkampfes: der wirtschaftliche Gegensatz mit nationalem Akzent spielte bei weitem nicht die Rolle wie in Böhmen.

Die beiden, im Laufe des 19. Jahrhunderts sich ständig durch den Wirtschaftsaufschwung vergrößernden nationalen bürgerlichen Schichten auf tschechischer wie auf deutscher Seite waren also die eigentlichen Protagonisten des nationalen Kampfes und der daraus resultierenden, immer stärker ins Bewußtsein tretenden Trennung der beiden Völker im böhmischen Raum, die ein Ergebnis, nicht — wie sie glauben machen wollten — die Voraussetzung ihres Kampfes war. Die Vision einer aus der ethnisch-sprachlichen Zusammengehörigkeit erwachsenden volklich-politischen d. h. nationalen Einheit ist hier als wirkendes Politikum sehr klar faßbar, auch hier ist die Zukunft — in Vergangenheit und Gegenwart zurückprojiziert — eine „Kategorie des Geschichtlichen“, vorausentworfene Bilder völkisch-staatlicher Einheit entwickeln für die jeweilige Gegenwart eine sehr reale gleichsam „magnetische“ Kraft, die Ideologie wird zur Geburtshelferin ihrer eigenen Verwirklichung und so, wie man Geschichte als rückwärts gerichtete Prophezie bezeichnet hat, könnte man Ideologie in die Zukunft projizierte Geschichte nennen.

Ideologie verliert ihre Unverbindlichkeit und wird zur Politik, wenn sie imstande ist, die Massen zu ergreifen. Nur wenigen der zahllos durch Raum und Zeit schwirrenden Ideologien und Philosopheme ist dies gelungen. Es verdient am Beispiel Palackýs noch einmal kurz beleuchtet zu werden, wie eine

Ideologie zu Blut und Leben kommt und politisch relevante Gestalt annimmt. Hierbei spielt auch der gleichsam mythische, historische Glanz alter Hauptstädte eine Rolle. Es war für die Deutschen der Böhmisches Länder von schicksalhafter Bedeutung, daß ihnen Prag als echter, geschichtlich beglaubigter Landesmittelpunkt entglitt und mehr und mehr Wien das eigentliche Zentrum wurde. Franz Schubert, Adalbert Stifter, Josef Rank, zahlreiche Politiker, Wissenschaftler und Wirtschaftsführer stiegen von Wien aus auf; dies deutete auf einen wesentlichen Substanzverlust in der Heimat, Reichenberg ist nie ein wirkliches Zentrum der Deutschen Böhmens geworden, dies verhinderte schon die geographische Randlage der Sudetenländer um den slawischen Kern. Anders als den Deutschen der Böhmisches Länder bedeutete Prag für die tschechische Intelligenz und kulturelle Elite so gut wie alles. Prag als Zentrum tschechischen Lebens ist gleichermaßen Ergebnis wie selbstgeschaffene Voraussetzung der tschechischen Geistesentfaltung, eine nicht selbstverständliche Tatsache, wenn man das stark deutsch und österreichisch bestimmte Gepräge der Landeshauptstadt um 1800 bedenkt und zum Vergleich Brünn oder Olmütz heranzieht, die noch weit bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein diese Zustände bewahrten, bis auch sie von Prag her nationaltschechisch überformt worden sind.

Palackýs Lebensgang veranschaulicht fast exemplarisch die Entwicklung des tschechischen Geisteslebens aus einer wohlwollenden, manchmal begönnernden ständischen und deutschsprachigen, romantisierenden Klientelschaft zu einer kraftvollen, ja stürmischen Eigenentfaltung, die zwangsläufig die Aufgliederung der barocken böhmischen Kultureinheit in einen tschechischen und deutschen Kulturkreis nach sich zog, eine Spaltung, die trotz aller weiterlaufenden wechselseitigen Beeinflussung nicht mehr rückgängig gemacht werden konnte. Da die Neuentfaltung der tschechischen Geisteskultur im 19. Jahrhundert zugleich ein wesentlicher Teilvorgang der tschechischen Nationswerdung war, zeichnet sich das tschechische Geistesleben dieser Epoche und darüber hinaus bis zur Gegenwart durch eine besonders enge Verknüpfung mit der Politik und mit allen elementaren Existenzfragen der tschechischen Nation aus, es ist in bemerkenswerter Weise nationalpädagogisch geprägt. Dabei war es keineswegs so, wie die tschechische und deutschböhmische Selbstinterpretation ihres jeweiligen „nationalen Erwachens“ wollte, daß sich eine Wiedergeburt von klar abgegrenzten Völkern, von ethnisch geschlossenen Sozialkörpern vollzog, über die lediglich ein paar Jahrhunderte nationaler Lethargie hinweggegangen und die nun von eifrigen Patrioten einer neuen Blütezeit ihres geschichtlichen Daseins entgegengeführt wurden. Vielmehr handelte es sich bei dieser geistigen und politischen Bewußtwerdung, die auf tschechischer Seite von Jungmann, Palacký, Rieger und ihrem Kreis eingeleitet worden ist, um die nationale, d. h. um die am deutlichsten in Erscheinung tretende Seite einer Umgliederung des gesamten Sozialkörpers der Böhmisches Länder, um einen gesellschaftlichen Strukturwandel, der in Böhmen — wie allenthalben in West- und Mitteleuropa — das 18. vom 19. Jahrhundert trennt. Diese Umgliederung hatte sich

aus dem Übergang von einer ständisch-agrarischen Gesellschaft zu einer sowohl horizontal wie vertikal mobilen, industrialisierenden Massengesellschaft ergeben, wobei die neuen, durch ökonomische Merkmale unterschiedenen Gesellschaftsgruppen, teils im Bunde, teils im Gegensatz zu den Resten der einstmals maßgeblichen ständischen Gesellschaft sich politisch wie geistig eine ideelle Rechtfertigung ihrer Existenz suchen mußten. Diese Rechtfertigung lieferte vornehmlich das Geschichtsbewußtsein, womit sich die sozial arrivierenden Gruppen, d. h. das Bürgertum, „ein Erbrecht, eine Ahnen- und Heroengalerie, Geschichtstiefe, Gesicht und Sendungsbewußtsein“ (E. Lemberg) verschafften. Dieses Geschichtsbewußtsein der arrivierten Schichten konnte aber nicht individuell-genealogisch sein, wie das „natürliche“ Geschichtsbewußtsein des Adels, da dem durch die Wirtschaft aufgestiegenen Bürgertum des Industriezeitalters die historisch relevanten persönlichen Familienerinnerungen des Adels fehlen. Daher konnte nur ein kollektives Geschichtsbewußtsein entstehen, das mit mehr oder minder Recht an das alte, ständisch-genealogische Geschichtsbewußtsein der abtretenden alten Führungsschichten anknüpfte, dieses genealogisch-personelle Geschichtsbewußtsein jedoch mit dem Merkmal der Sprachnation verband und durch diese Verschmelzung ein — für historisch zur Anonymität verurteilte, jedoch wirtschaftlich zur Macht gekommene breite bürgerliche Schichten — kollektives Geschichtsbewußtsein, eine nationale Gesamterinnerung schuf, mit anderen Worten: den Nationalismus als die historisch motivierte Form geschichtsloser, jedoch durch wirtschaftlichen Aufstieg zur politischen Macht drängender bürgerlicher Klassen.

Dieser geistig-gesellschaftliche Vorgang läßt sich gleichsam biographisch am Entwicklungsgang Palackýs ablesen. Seine heiße Begeisterung für das tief in die böhmische Geschichte hinabreichende genealogisch-historische Selbstbewußtsein des Adels, in dessen Häusern er verkehrte (Sternberg, Clam-Martinic, Thun, Kolowrat etc.) und dessen Genealogien er wissenschaftlich erarbeitete, wurde sehr bald der unmittelbare Impuls für sein großes Geschichtswerk, in dem Palacký — selbst ein Arrivierter aus der individuell geschichtslosen Masse — das altständische, genealogische Selbstbewußtsein mit dem Merkmal der tschechischen Sprachnation verband, letzteres wiederum durch die Verherrlichung des Hussitismus durch ein kollektives Phänomen — wie er meinte — untermauerte und stärkte, womit aus der alten, ständisch-genealogischen Erinnerung des böhmischen Adels das kollektive historische Bewußtsein für ein sich allmählich sozial herausformendes tschechisches Volk entstand. Die politische Leistung Palackýs ist damit identisch mit seiner geistigen und nationalpädagogischen: er verpflichtete die bürgerlichen aufsteigenden Gesellschaftsschichten auf sein Geschichtsbild, sein produktiver Blick in die Vergangenheit hatte futurische Wirkung. Er war als Historiker nicht rückwärts gerichtet, sondern ein nach vorwärts in die Zukunft gerichteter Prophet, er hatte historische Erinnerungen gänzlich anderer Art für eine sich ständig verbreiternde soziale Schicht annektiert,

mit welcher dieses kollektiv umgemünzte Geschichtsbewußtsein nun zum allgemeinen Nationalgefühl expandierte. Gerade deshalb konnte die erzwungene politische Windstille des Neoabsolutismus (1850/60) dem In-die-Tiefe-Wachsen des historischen Nationalbewußtseins der Tschechen nichts anhaben, da es mit dem Wachstum der bürgerlichen Schichten zwangsläufig an Gewicht zunahm und seit den 60er Jahren in der jungtschechischen Bewegung dann sogar kleinbürgerlich-proletarische Kreise erfaßte. Daraus erklärt sich auch ein anderes: je reicher die annektierten historischen Erinnerungen einer Nation waren, umso berechtigter mußten ihre politischen Gegenwartsforderungen erscheinen, daher der erbitterte, manchmal groteske publizistische Kampf zwischen Tschechen und Sudetendeutschen um die Einreihung großer geschichtlicher Gestalten in ihre nationale Ahnengalerie, historische Größe wurde zum Rechts- und Herrschaftsanspruch umgemünzt. Gleichzeitig gab Palackýs Interpretation der böhmischen Geschichte als eines ständigen Kampfes friedlichen Slawentums gegen eine deutsche feudale Überherrschaft und Entfremdung der sich stetig verbreitenden nationalen bürgerlichen Kulturschicht des tschechischen Volkes eine eindeutige Frontstellung, welche der soziologischen Trennung von Deutschen und Tschechen und dem Aufbau einer eigenen tschechischen Gesellschaftspyramide eine plausible ideologische Begründung und Vertiefung gab. Durch die Wendung gegen den deutschen Feudalismus als ein fremdes Phänomen stärkte Palackýs Geschichtsbild einerseits das nationaltschechische bürgerliche Bewußtsein, wie er andererseits damit den böhmischen Adel, soweit er sich mit der tschechischen Nationalbewegung liierte, zu liberalen Bekenntnissen zwang. Gleichzeitig war damit die Transformierung eines soziologisch begründeten Gegensatzes in einen nationalen bewirkt, der viele politische Energien des aufsteigenden Bürgertums im tschechischen wie im deutschböhmischen Lager vom politischen Kampf des Liberalismus und Demokratismus auf den Nationalitätenkampf umleitete, was letztlich auf eine Schwächung der konstitutionellen und demokratischen Kräfte insgesamt hinauslief.

Ein weiteres Problem tauchte hier mit aller Deutlichkeit auf. Der Krieg von 1866 war ein wirklicher Wendepunkt in der Innenpolitik der Donaumonarchie; dies ist von zahlreichen Autoren immer wieder mit Recht betont worden. Der auf 1866 folgende Ausgleich mit den Madjaren von 1867 mobilisierte die Bestrebungen der Tschechen, mit Wien ein ähnlich günstiges Übereinkommen auf der Grundlage der böhmischen Staatsrechtsideologie der Wenzelskrone zu erlangen, d. h. die Böhmisches Länder sollten unter Führung Prags vereinigt und nur lose föderalistisch mit der Gesamtmonarchie verbunden werden, und zwar, wie im Falle Ungarns, vornehmlich durch parlamentarische Delegationen, also ohne Zentralparlament. Dies bedeutete die politische Abschnürung der Deutschen in den Böhmisches Ländern von Wien und vom alpenländischen Deutschtum. Damit rief die tschechische Politik den erbittertsten deutschböhmischen Widerstand hervor, der oft panikartige Formen annahm und auf eine ethnische Landesteilung zusteuerte. Alle deutsch-tschechischen Ausgleichsbestrebungen

von Belcredi über Hohenwart, Badeni, Koerber, Beck bis Bienenrath scheiterten an diesem deutsch-böhmisch-tschechischen Antagonismus, bei dem die Tschechen Wien gegenüber einen Föderalismus forderten, um ungestört in den Böhmischen Ländern einen Prager Zentralismus aufbauen zu können, bei dem letztlich das Deutschtum assimiliert und „verdaut“ werden sollte. Bekanntlich besetzten die Tschechen, die 17% der Bevölkerung der westlichen Reichshälfte stellten, etwa 12% der Wiener Zentralbehörden, während sie in Böhmen, wo der tschechische Bevölkerungsteil im Jahre 1900 3.93 Mill. betrug (gegenüber 2.34 Mill. Deutschböhmen), 95% der Landesverwaltung in der Hand hielten. Umgekehrt wehrten sich die Deutschböhmen damit, daß sie auf eine mögliche Beibehaltung oder Verstärkung des Wiener Zentralismus hinwirkten (der zu ihren Gunsten war) oder aber, als Kompensation für einen Abbau des deutschen Zentralismus, die Föderalisierung der Böhmischen Länder nach ethnischen Grenzen, d. h. praktisch eine Landes-  
teilung, forderten. All die zahlreichen Ausgleichsversuche bis 1913 bewegten sich auf der Skala dieser entgegengesetzten Bestrebungen.

Hier ist auch das Problem der deutsch-nationalen Bewegung anzuschneiden, die ein Kind des Jahres 1866 war und den Eintritt neuer politischer Schichten ins politische Leben anzeigte.

Mit der Wahlreform vom 4. Oktober 1882, die der Städte- und Landgemeindenkurie durch den relativ niedrigen Fünfguldenzinsus eine bedeutende Erweiterung des Kreises der Stimmfähigen brachte, wurde die Stellung des deutsch-liberalen Großbürgertums auf Kosten neuer kleinbürgerlicher Wähler empfindlich getroffen. Mochten die nächsten Wahlen (1885) der liberalen Opposition auch nur 15 Stimmen kosten, so war doch nicht zu übersehen, daß die Erweiterung des Wahlrechtes neue kleinbürgerliche Schichten zur Mitsprache befugte, die von den Liberalen nicht mehr erreicht wurden und die sich in der christlich-sozialen Partei und in der Deutsch-nationalen Partei Georg von Schönerers organisierten, beides Bildungen, in denen sich der schroffe Gegensatz zum finanzkräftigen Großbürgertum bald in der Form eines radikalen Antisemitismus zu Wort meldete. Innerhalb des tschechischen Parteilebens bereitete dieselbe Wahlreform jenen Umschwung vor, der um 1890 den Sieg der Jungtschechen über die alttschechisch-konservative Partei besiegelte. Deutschnationale und Schönerianer auf der einen Seite und die Jungtschechen auf der anderen entsprechen einander in ihrer sozialen Struktur; ihr kleinbürgerlicher, sich zum intransigenten Chauvinismus steigernder Nationalismus und ebenso ihr ideologischer Doktrinarismus (Germanophilie, böhmisches Staatsrecht) sind das Ergebnis des Eintritts neuer, politisch unmündiger Volksschichten in das parlamentarische Leben. Jungtschechen und Deutschnationalen gemeinsam ist auch der ungewöhnlich zähe Zusammenhang mit den älteren bürgerlichen Parteien, aus denen sie hervorgegangen waren, den Liberalen auf deutscher und den Alttschechen auf der anderen Seite, die sie beide politisch zu beerben trachteten.

Ein weiterer Faktor für das Wachstum der deutsch-nationalen Bewegung ist in der Isolierung des österreichischen Deutschtums seit dem Ausschei-

den der Monarchie aus dem Deutschen Bunde 1866 zu suchen; das deutsche Element sah sich in immer stärkerem Maße dem wachsenden politischen und sozialen Gewicht der Slawen Zisleithaniens gegenüber, und dieses Gefühl der nationalen Bedrohung erzeugte in seiner radikalsten Konsequenz einen prodeutschen, sich an der Bismarckverehrung emporrankenden „Irredentismus“, der zwangsläufig die Lebensgrundlagen der Donaumonarchie verneinte. In den Anfängen der deutsch-nationalen Partei im Schoße des Liberalismus erstrebte man lediglich eine Umgestaltung, jedoch keine Auflösung des Kaiserstaates. So forderte schon das Ausseer Programm von 1867 — eine erste Antwort auf die neue, 1866 geschaffene Lage — die Loslösung von Dalmatien, Galizien und der Bukowina von Zisleithanien, Zuteilung Dalmatiens an Ungarn und Anschluß der beiden anderen Länder an Zisleithanien auf dem Wege der Personalunion; dies alles vornehmlich zu dem Zwecke der Verminderung der slawischen Bevölkerung der Monarchie, wodurch den Deutschen zwangsläufig eine neue zahlenmäßige und politische Überlegenheit in der westlichen Reichshälfte zugefallen wäre. Noch auf der Plattform des Liberalismus befand sich auch das Linzer Programm der deutsch-nationalen Bewegung vom Jahre 1882, dessen führende Männer Heinrich Friedjung, Engelbert Pernerstorfer, Viktor Adler, der spätere Organisator der österreichischen Sozialdemokratie, Julius Sylvester, Robert Pattai und der Niederösterreicher Georg von Schönerer waren. Nimmt man hinzu, daß der Freiherr von Vogelsang zeitweise in engen Beziehungen zu Schönerer stand und daß auch Karl Lueger zu dessen frühen Gefolgsleuten gehörte, so fassen wir hier ein politisches Zentrum von eminenter Bedeutung, von dem entscheidende Impulse auf die nationale, sozialistische, demokratische und christlich-soziale Parteientwicklung ausgingen. Es wiederholte die Forderungen von Aussee, verlangte die Erhebung des Deutschen zur Staatssprache und antikapitalistische Maßnahmen zum Schutze des mittleren und Kleinbürgertums sowie des Arbeiters; ferner wollte man eine überpolitische Gesamtplattform für das deutsche Wirtschafts- und Kulturleben Österreichs schaffen. Das Linzer Programm war weder ausgesprochen antihabsburgisch noch war es, wie die Beteiligung etwa von Friedjung und Adler zeigt, antisemitisch, auch verdient festgehalten zu werden, daß Schönerer sich vorerst nur in seiner niederösterreichischen Heimat parlamentarischen Anhang gewann, daß hingegen seine Beziehungen zu den Deutschen der Böhmisches Länder nur lose waren. Deutschböhmen erfaßte eine starke nationale Welle, als es im Sommer 1881 in Prag zu schweren tschechischen Ausschreitungen gekommen war. Der Gedanke einer administrativ-ethnischen Landesteilung gewann unter den Deutschen Böhmens immer stärker an Boden, da man sich durch die slawophile Politik Taaffes des bisherigen Schutzes der Reichszentrale für beraubt hielt. Doch stieß man dabei auf den Widerstand der Deutschnationalen in den Alpenländern, denen der Gedanke einer administrativen Landesteilung zugunsten nationaler Minderheiten mit Rücksicht auf ihre slawischen und italienischen Minoritäten unsympatisch war. Erst mit Karl Hermann Wolf fand der Radikalismus Schönerers einen adä-

quaten Vertreter in Böhmen. Dagegen war für die Böhmisches Länder als mittelbare Folge der deutschnationalen Sammlungsbewegung die Gründung zahlreicher Vereine, die sich den Schutz deutscher Belange zum Ziel setzten, von großer Bedeutung. So entstand 1880 der „Deutsche Schulverein“ und in der Folge eine Reihe nationaler Schutzvereine wirtschaftlicher und kultureller Art, denen auf tschechischer Seite die „Matices Česká“ die „Matices školská“ die „Založní“ (Vorschußkassen) und die „Živnostenská banka“ entsprachen. Durch diese Organisationen wurde der Nationalitätenkampf in die kleinsten Ortschaften getragen, ohne daß die Erfolge, die auf beiden Seiten errungen wurden, dem Aufwand an Kraft und vielfach auch an Idealismus entsprachen, den beide Seiten investierten, ganz zu schweigen von dem Ausmaß geistiger Vergiftung und wechselseitigen Mißtrauens, das zwangsläufig im Gefolge des nationalen „Kleinkrieges“ auftrat. Die Abwehrreaktionen der Deutschen in den Böhmisches Ländern wurden verstärkt durch die Furcht vor dem scheinbar unaufhaltsamen bevölkerungspolitischen Vormarsch des tschechischen Volksteils, der seit den sechziger Jahren eingesetzt hatte und mit dem industriell bedingten Einstrom tschechischer Landbevölkerung in die gemischtsprachigen Städte im Inneren Böhmens und Mährens deren rasche Tschechisierung bewirkte. Hinzu kam, daß dieser soziologische Prozeß nicht länger durch die Assimilation sozial aufsteigender Tschechen zum deutschen Besitzbürgertum ausgeglichen wurde, vielmehr kam es jetzt vielfach zur Assimilation deutscher Intellektueller zum Tschechentum, da dieses wirtschaftliche und politische Chancen bot, wie die Entwicklung etwa von Tyrš und Fügner zeigt.

Eine besondere Variante politischer Ideologie im Nationalitätenkampf stellte der Antisemitismus in Österreich dar. Die bedeutende Stellung, die jüdische Politiker und Finanziers innerhalb der liberalen Partei Österreichs hatten, die ja in großem Maße von Deutschböhmen getragen wurde, konnte nicht ohne Rückwirkung auf die Böhmisches Länder bleiben. Die Bedeutung jüdischer Finanzhilfe für die deutschen Vereine ist erst kürzlich wieder hervorgehoben worden, ebenso die große Rolle der Juden innerhalb der bürgerlichen deutschen Parteien. Es war diese Lage sowohl Ursache wie Wirkung der Haltung der tschechischen radikalen Nationalisten, die sich gegen Deutsche und Juden gleichermaßen wandten. Mit dem Einzug des Alldeutschen antiliberalen Antisemitismus in Böhmen, der sich in den meisten deutschen Vereinen und Organisationen durch die Einführung des sogenannten „Arierparagraphen“ bemerkbar machte, versetzte sich die deutsche nationale Bewegung in ihrer Gesamtheit einen schweren Schlag. Die deutschen Organisationen gingen naturgemäß der jüdischen Geldhilfen verlustig und die Juden selbst wurden mittelbar zu einer Option für das tschechische Lager gezwungen, wodurch für das Deutschtum oft entscheidende Substanzverluste eintraten. Hier hatte also ein rein ideologisches Moment der nationalen Position auf deutscher Seite beträchtlichen Abbruch getan.

In noch viel höherem Maße war dies der Fall, als sich der Nationalismus einer neuen Weltanschauung als Konkurrent bei den Wählermassen gegen-

übersah, einer Weltanschauung, die mit ganz anderen Werturteilen ausgerüstet war und sich auf Bevölkerungsschichten stützte, die der Nationalismus gegen Ende des Jahrhunderts gerade erst organisatorisch zu erreichen suchte: den Sozialismus und die Arbeiterbewegung, womit eine letzte Problemstellung angegangen sei.

Der bedeutendste Motor der gesellschaftlichen Entwicklung in den Böhmisches Ländern war, wie überall in West- und Mitteleuropa, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Industrialisierung; sie bewirkte eine gewaltige Binnenwanderung, sog die mit der Grundentlastung frei werdenden Massen landwirtschaftlicher Lohnarbeiter in die neuen Industriezentren und verschärfte damit die nationalen Gegensätze, sie depossedierte den selbständigen Handwerker und Kleingewerbetreibenden und trieb ihn seit der großen Wirtschaftskrise von 1873, soweit er Industriearbeiter geworden war, an die Spitze der sich bildenden Arbeiterbewegung. Mit der Randlage der böhmischen Industrien am Kerngebiet der mitteleuropäischen Industrialisierungszone hängt es zusammen, daß Tempo und Ausmaß der Wirtschaftsentwicklung, etwa Deutschland gegenüber, merklich abfallen, daß die Exportorientierung nach den großen, unterentwickelten östlichen Absatzgebieten der Donaumonarchie vielfach den Zwang zu äußerster Rationalisierung und Konzentration überflüssig machte, weshalb der Großbetrieb noch nicht das Feld beherrschte. Immerhin erreichte die Zahl der in der Industrie Beschäftigten, zumindest in Böhmen, am Ende des 19. Jahrhunderts nahezu den Durchschnitt des Deutschen Reiches (= 1882 35,5%, 1885 39,1%, 1907 42,8%) und überstieg denselben sogar in den deutschen Gebieten, wo er 43,7% betrug. Bei einem anteilmäßigen Rückgang zugunsten der Schwerindustrie blieb bis zum Weltkrieg in den Böhmisches Ländern die Textilindustrie immer noch führend. Nach der Jahrhundertwende begannen die anderen Gebiete der Monarchie den Vorsprung der Böhmisches Länder allmählich aufzuholen, doch blieb die Zahl der Fabriken und Arbeiter hier immer noch etwas größer als in allen anderen Kronländern Zisleithaniens zusammengenommen. Die Sudetendeutschen waren die „industrielle Nation“ (H. Benedikt) der Donaumonarchie, doch holte der tschechische Volksteil vor allem mit dem Ausbau der Schwer- und Maschinenindustrie rasch auf, wie sich ja die Tschechen schon seit der Jahrhundertmitte durch die Entwicklung einer hochqualifizierten Nahrungsmittelindustrie auf genossenschaftlicher Basis eine besondere Domäne innerhalb der Gesamtwirtschaft aufgebaut hatten. Die Böhmisches Länder erzeugten 90% des Zuckers der westlichen Reichshälfte und waren maßgeblich an dessen Export beteiligt, ebenso stellten sie 60% des Bierausstoßes. Es wurde schon erwähnt, daß diese verschiedenen Grundlagen der Kapitalakkumulation in den tschechischen (Agrarprodukte) und deutschen Gebieten (Industrieprodukte) viel dazu beigetragen haben, den nationalen Gegensatz im Wirtschaftsbürgertum wachzuhalten, weil er durch keine grundsätzliche Übereinstimmung in den ökonomischen Interessen gedämpft wurde. Ein weiterer wesentlicher wirtschaftlich-politischer Faktor für die Böhmisches Länder war die Tatsache, daß der Großteil des die Wirtschaft

Böhmen-Mährens kontrollierenden Kapitals in Wien, d. h. für das tschechische Nationalbewußtsein außerhalb des Landes, konzentriert war, daher die fortgesetzten tschechischen Beschwerden über eine „Ausbeutung“ durch die Reichszentrale und die, vom Standpunkt rationaler Wirtschaftsführung widersinnigen wirtschaftlichen Autarkiebestrebungen der Tschechen, die mit regelmäßigen Appellen zum nationalen Wirtschaftsboykott gegen Deutsche und Juden verbunden waren, zweifellos aber dazu führten, daß man seit der Jahrhundertwende von einer tschechischen Wirtschaft sprechen konnte. Wenn auch 1914 ein Sechstel der Baumwollindustrie und ein Viertel der Tuchindustrie Zisleithaniens in tschechischer Hand waren, gelang es doch nicht, die Vorherrschaft des deutschen Industriebürgertums wesentlich zu beeinträchtigen. Dafür errang der tschechische Akademikernachwuchs erheblichen Einfluß in der Staatsbürokratie und brachte die Landesverwaltung fast ausschließlich an sich. Der Ämter- und Sprachenstreit war somit nicht nur eine ideologische Frage, sondern hing mit den wirtschaftlichen Interessen der tschechischen Bildungsschicht zusammen, der vielfach die wirtschaftliche Unabhängigkeit des deutschen liberalen Großbürgertums versagt blieb und die daher des Aufstiegskanals der bürokratischen Laufbahn dringender bedurfte als die Deutschen. Die zentralistischen Tendenzen des deutschen Liberalismus haben ihre genaue Entsprechung und Begründung in der beherrschenden Rolle des Wiener deutschen und jüdischen Bankkapitals auch für die Böhmisches Länder, wie umgekehrt die Staatsrechtsideologie und der Wirtschaftsnationalismus der Tschechen in dieser Konstellation begründet sind. Dabei ist festzuhalten, daß, objektiv betrachtet, die Kontrolle der böhmisch-mährisch-schlesischen Industrie durch das Wiener Großkapital zwar unlegbar bestand, daß sie aber keinen nationalen prodeutschen Aspekt trug, sondern von rein kapitalistischen Prinzipien geleitet wurde. Vielmehr wäre die wirtschaftliche Erschließung Böhmens, Mährens und Schlesiens ohne die Initiative des Wiener Bankkapitals undenkbar gewesen, wie ja auch die — auf der industriellen Produktionskraft basierende — deutsche Steuerleistung in erheblichem Maße den nichtdeutschen Völkern der Monarchie, vornehmlich den Tschechen zugute gekommen ist. Die industrielle Erschließung der Böhmisches Länder wandte sich, nachdem sie mit der Krise von 1873 in den deutschen Randgebieten einen gewissen ersten Sättigungsgrad erreicht hatte, seit den 80er Jahren immer stärker den tschechischen Landesteilen zu. Das große Reservoir billiger Arbeitskräfte, das durch jene Krise und die Rationalisierung der Landwirtschaft sowie durch den innerböhmischen Bevölkerungsüberdruck entstanden war, bildete hierfür eine günstige Voraussetzung. Damit wurde jedoch auch die Konkurrenzfähigkeit der deutschböhmischen Klein- und Mittelbetriebe bedroht. Der Konkurrenzkampf des tschechischen Klein- und Mittelbetriebes gegen den von Wien aus beherrschten „deutschen“ Großbetrieb und gleichermaßen der Gegensatz zwischen der vom Deutschtum und vom internationalen Kapital beherrschten Schwerindustrie und der tschechischen Verbrauchsgüter- und Nahrungsmittelindustrie komplizierte sich also weiterhin noch durch die Opposition des mittleren und kleinen

deutschböhmisches Unternehmertums gegen die deutschjüdischen liberalen Finanzkreise Wiens. Die erwähnte Verlagerung der Industrie Gründungen des Großkapitals in das industriell günstige, weil auf niedrigen Löhnen beruhende „Neuland“ Innerböhmens schuf somit indirekt die Voraussetzungen für den deutschnationalen, mittel- und kleinbürgerlichen Antisemitismus der älteren deutschen Industriegebiete seit den 80er Jahren. Diese nationalen und ideologischen Implikationen der Industrialisierung, deren Bedeutung für die Arbeiterbewegung noch aufzuzeigen sein wird, muß man bei einer Skizzierung der Wirtschaftsmächte wesentlich mit berücksichtigen, wenn man verstehen will, warum sich die normalerweise vereinheitlichende Kraft wirtschaftlich-industrieller Interessen letztlich doch nicht zugunsten eines Zusammenhaltes der Donaumonarchie auswirken konnte.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Gesamtlage der Monarchie und der Böhmisches Länder ist es schwer, einen eindeutigen Entwicklungstrend festzustellen. Einerseits übertraf die Geschwindigkeit der wirtschaftlichen Expansion vor dem Weltkrieg teilweise die des Deutschen Reiches, die Vorteile eines großen, reich gegliederten wirtschaftlichen Binnenraumes machten sich bemerkbar und ebenso die Tatsache, daß Wien als Finanzzentrum Südosteuropas die anschließenden Wirtschaftsräume mit dem Habsburgerstaat verklammerte. Andererseits darf nicht übersehen werden, daß diese wirtschaftliche Expansion von einem — mit Deutschland verglichen — viel niedrigeren Niveau ausging, daher der Nachholbedarf viel größer war und man, von Böhmen und Niederösterreich abgesehen, noch weit von einem gewissen Sättigungsgrad der Industrieproduktion entfernt gewesen ist. Ebenso bedingte die mangelnde Rationalisierung in vielen Wirtschaftsbranchen eine beträchtliche Stagnation, teilweise sogar einen Rückgang der Ausfuhr, wenn es auch bedenklich ist, bei einem großen Binnenwirtschaftsraum mit starkem Wirtschafts- und Kulturgefälle den Export zum alleinigen Maßstab der Industrieentwicklung zu machen. Doch ist nicht zu übersehen, daß der Großwirtschaftsraum des Gesamtstaates sich nicht voll auswirken konnte, weil vor allem Ungarn aus politischen Gründen bei den jeweiligen Ausgleichsverhandlungen rücksichtslos seine wirtschaftlichen Sonderinteressen durchzusetzen suchte und damit die Gesamtwirtschaftsentwicklung negativ beeinflusste. Bis zu einem gewissen Grad gilt dies auch von den tschechischen Bestrebungen, auf Kosten rationaler gesamtstaatlicher Arbeitsteiligkeit ein relativ autonomes „nationales“ Wirtschaftsgefüge aufzubauen, um sich aus politischen Gründen dem „supranationalen“ zentralistischen Wiener Großkapital und seinen Kontrollen zu entziehen. (Hier liegt eine wesentliche Wurzel des scharfen politischen Gegensatzes zwischen der tschechischen Gesamtpolitik und dem Wiener und deutschböhmisches Liberalismus.) Vom Standpunkt wirtschaftlicher Rationalität und Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt waren jedenfalls solche Bestrebungen schädlich und erhöhten die Kriegsempfindlichkeit der Gesamtwirtschaft, wenn es auch sicher falsch ist, von einem wirtschaftlichen Zusammenbruch des Habsburgerreiches schon vor dem Weltkrieg zu sprechen. Doch hätte es zweifellos noch längerer Zeit bedurft, bis die Ver-

flechtungen der modernen Großindustrie so stark geworden wären, daß sie sich auch politisch als Bindekräfte in der Krise des Gesamtstaates auswirken konnten; 1914 war dieser Zustand noch nicht erreicht.

Eng verflochten mit der Wirtschaft im böhmischen Raum sind die Steuer- und Finanzfragen, die immer wieder die Landespolitik erhitzen und von Deutschen und Tschechen in einer umfangreichen Pamphletliteratur hinsichtlich ihrer nationalpolitischen Aspekte durchleuchtet wurden.

Entkleidet man die tschechisch-deutschen Diskussionen um die Landeseinheit oder Landesteilung Böhmens ihres jeweiligen ideologischen Dekors, so treten die finanziellen Gesichtspunkte als ein wesentliches Kernproblem immer wieder hervor, besonders mußte den Tschechen daran gelegen sein, die größere deutsche Steuerkraft nicht bei einer ethnischen Landesteilung zu verlieren und damit den raschen Aufbau der tschechischen Gesellschaft zu gefährden. Die Erwerbssteuerleistung betrug um 1900 bei den 2,4 Millionen Deutschböhmern 5,7 Mill. Kronen, die der 4,2 Mill. Tschechen nur 3,1 Mill. Vom Landeshaushalt Böhmens, der ca. 100 Mill. Kronen betrug, erbrachten die Deutschen mehr als die Hälfte, erhielten davon aber für ihre wirtschaftlichen und kulturellen Erfordernisse nur 24 Millionen zurück. Selbst wenn man einen gewissen Prozentsatz für gemeinsame Bedürfnisse beider Völker in Anschlag bringt, so profitierte im Sinne des „nationalen Blockdenkens“ der tschechische Volksteil als der sozial weniger fortgeschrittene durch diese steuerliche Konsequenz einer historisch verbrämten Landeseinheit immer noch enorm. Deshalb rief der von den Deutschen Böhmens ausgehende Vorschlag, jede Nation solle aus eigenen Mitteln die Kosten für ihre kulturellen Einrichtungen aufbringen, auf tschechischer Seite Entrüstungstürme hervor, und K. Kramář entwickelte daraufhin seine auch von K. Renner befürwortete Steuerträgertheorie, derzufolge das Steueraufkommen deutscher Unternehmer und Aktionäre von Betrieben mit tschechischer Arbeiterschaft nach einem bestimmten Schlüssel zwischen Tschechen und Deutschen aufgeteilt werden sollte. Wenn dieser Vorschlag jedoch auch tschechischerseits wenig Anklang fand, so lag dies daran, daß der bisherige Zustand für den tschechischen Bevölkerungsteil weitaus günstiger war, denn die „Kompensationspolitik“ von Badeni bis Koerber hatte den Tschechen so große Konzessionen hinsichtlich der Unterhaltung ihres Schulwesens und Kulturlebens gemacht, daß sie sich bei einer wirtschaftlich-kulturellen Autonomie von Tschechen und Deutschen in den Böhmisches Ländern auch bei einer Verwirklichung der „Steuerträgertheorie“ schlechter gestanden hätten. Es verdient dabei festgehalten zu werden, daß diese finanzielle und wirtschaftliche Begünstigung der Tschechen durch die Reichszentrale auf Kosten der anderen nichtdeutschen Nationalitäten des Reiches ging, ohne daß damit der fortgesetzten unzutreffenden Propaganda des tschechischen Wirtschaftsbürgertums über eine „Ausbeutung durch Wien“ Einhalt geboten worden wäre. Diese nüchternen finanziellen Tatsachen erklären dann auch, weshalb ausgesprochen nationalistische tschechische Politiker bis zum Weltkrieg für die Bewahrung der Wirtschaftseinheit der Donaumonarchie eingetreten sind. Not-

wendig mußte sich daraus ein innerer Zwiespalt in der Politik des tschechischen Bürgertums ergeben, das einerseits ein Höchstmaß böhmischer Selbständigkeit und nationale Wirtschaftsautarkie erstrebte, andererseits jedoch der Vorteile einer Großraumwirtschaft teilhaftig bleiben wollte, d. h. die unweigerlichen Nachteile eines Höchstmaßes von nationaler Selbständigkeit scheute. Repräsentant dieser zwiespältigen Wirtschafts- und Nationalpolitik war der Unternehmer K. Kramář, zweifellos die repräsentativste Gestalt des an politischen Profilen so reichen tschechischen Parteilebens.

Wie überall in West- und Mitteleuropa traten auch in der Donaumonarchie und in den Böhmischem Ländern im Gefolge der Industrialisierung schwere gesellschaftliche Schäden auf: die Proletarisierung und Depossidierung des Handwerks, die physische und materielle Ausbeutung des wachsenden Industriearbeiterstandes mit ihren gesundheitlichen und moralischen Folgen, all dies brachte von selbst die ersten organisatorischen Ansätze der Arbeiterbewegung. In der chronologischen Folge des Aufbaus der industriellen Zentren entwickelte sie sich zuerst in Wien und Nordböhmen, dann in Prag. Die Erinnerungen der Führer der Arbeiterbewegung in Böhmen zeigen die üblichen Begleiterscheinungen des Manchestertums: Unterernährung und in ihrem Gefolge Tuberkulose und Typhus, Alkoholismus, Kinder- und Frauenarbeit mit überlanger gesundheitsschädigender Arbeitszeit (bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit der Männer aus lohnpolitischen Gründen), anfängliche Unterdrückung der Koalitionsfreiheit mit militärischen und administrativen Mitteln. Die Kindersterblichkeit betrug in einigen Gebieten Nordböhmens über 40%, überhaupt trafen die Schäden des Frühkapitalismus der 60er und 70er Jahre vorwiegend das Deutschtum, das zunächst den größten Anteil an der Industriearbeiterschaft Böhmens stellte; sie verursachten einen alarmierenden Geburtenrückgang der deutschen Bevölkerung, dem vorerst ein tschechischer Geburtenanstieg in Innerböhmen und Mähren gegenüber stand. Die sozialen Mißstände in den nord- und nordwestböhmischem Industriegebieten dauerten länger an als dies in den vergleichbaren Industrievieren Deutschlands der Fall war, da der Zustrom tschechischer Arbeiter aus den innerböhmischem Agrargebieten, denen sich auch polnische und italienische Arbeiter zugesellten, das Lohnniveau außerordentlich niedrig hielt. Gleichzeitig setzte eine Abwanderung deutschböhmischem Arbeiter ins sächsische Industriegebiet mit seinen günstigeren Arbeitsbedingungen ein, so daß die industrielle Massenwanderung zugleich die nationalen Verhältnisse beeinflusste, indem etwa die nordwestböhmischem Industriebezirke Dux-Brüx rasch „utraquisiert“ wurden. Die Assimilation der tschechischen Zuwanderer wurde vor allem dadurch verhindert, daß man sie ghettoartig in allerprimitivsten, werkeigenen Wohnungen unterbrachte, um der Gefahr von Arbeiterkoalitionen vorzubeugen, erreichte damit aber nur, daß sich die soziale Erbitterung der Zugewanderten mit der nationalen verband. Die gesellschaftliche Ausschließung der nichtdeutschen Arbeiterschaft durch die deutschliberalen und deutschnationalen Unternehmer führte dazu, daß die tschechischen Arbeiter aus ihrer Heimat Kleinhändler, Gastwirte und Kleingewerbetreibende, später

auch Akademiker nachzogen und somit eine eigene „nationale Sozialstruktur“ entwickelten. Als dann unter dem Druck organisierter Streikbewegungen und mit der Absicht, die deutschliberale Großbourgeoisie wirtschaftlich zu treffen, die Regierung Taaffe mit der Gewerbenovelle von 1885 die Anfänge einer modernen Sozialgesetzgebung nach Schweizer und reichsdeutschem Vorbild schuf und damit die ärgsten Mißstände auszuräumen begann, trat eine allgemeine Besserung der Verhältnisse in den bis dahin vornehmlich deutschen Industriebezirken ein, die auch nationalpolitische Folgen zeitigte. Hatten in der ersten großen Industrialisierungsphase bis zur Krise von 1873 vor allem die deutschen Gebiete die Schäden der Entwicklung zu tragen gehabt, brachte seit den 80er Jahren die wachsende Koalitionsfreiheit der Arbeiter und die zunehmende Technisierung der Industrie einen relativen Anstieg des Sozialniveaus in den deutschen Industrielandschaften, der von einer raschen, jetzt die tschechische Zunahme übersteigenden Bevölkerungsvermehrung begleitet war. Mit den großen Erfolgen der supranationalen Arbeiterbewegung Österreichs schritt auch die Assimilation der tschechischen Zuwanderer kräftig voran. Die mit den 80er Jahren einsetzende Industrialisierung der innerböhmischen tschechischen Gebiete bewirkte einen Rückgang der Zuwanderung in die deutschen Industriegebiete, damit verbunden ein Nachlassen des Lohndruckes und eine gesteigerte nationale Assimilation der schon im deutschen Gebiet ansässigen Tschechen. Wenn auch in Mähren und Schlesien die Dinge teilweise anders lagen (da dort ein von der Industrialisierung hervorgerufener Zuwanderungssog vom tschechischen flachen Land in die deutschen Städte nebst deren inselartigem Umland eine fortschreitende Einschmelzung des Insel- und Streudeutschtums bewirkten), so zeigte sich doch, aufs Ganze gesehen, daß der slawische Bevölkerungsüberdruck, von der deutschnationalen Propaganda immer wieder als Schreckgespenst an die Wand gemalt und von den Tschechen selbst als wünschenswerte Naturnotwendigkeit gern geglaubt, kein unwandelbares Faktum blieb. Vielmehr verfestigte sich, mit Ausnahme einiger industrieller Schwerpunkte, zwischen 1880 und 1890 die Sprachgrenze wiederum. Mit dem allgemeinen Anstieg der Lebenshaltung in den Industriegebieten kehrte sich damals die Geburtenzahl zwischen industriellen und agrarischen Gebieten zuungunsten der letzteren um, so daß bei dem stärkeren Anteil des Deutschtums an der Industrie seine Existenzchancen, auch im Sinne der damaligen Kampfformel von der „Wahrung des nationalen Besitzstandes“, sich günstiger zu gestalten begannen. Diese soziologischen Tatsachen begründeten auch die Überzeugung der deutsch-österreichischen Sozialistenführer (V. Adler, O. Bauer, K. Renner), daß eine großzügige Sozialpolitik letzten Endes auch eine wahrhaft deutsche Politik in Österreich bedeute, eine Überzeugung, die besonders Viktor Adlers Weg vom Mitschöpfer des deutschnationalen „Linzer Programm“ zum Führer der österreichischen Sozialdemokraten bestimmte.

Der Weg der Arbeiterbewegung in den Böhmischem Ländern wie auch in der gesamten westlichen Reichshälfte führte entsprechend den industriellen

Ausgangspunkten in deutschen Gebieten von einem deutsch bestimmten Internationalismus fortschreitend zu einer föderalistischen Organisation mit gesonderten Parteiapparaten in Prag und Wien, wobei sich naturgemäß (und in Wiederholung der „bürgerlichen“ Konstellationen deutschböhmischer Politik im 19. Jahrhundert) die deutsche Arbeiterschaft Böhmens, Mährens und Schlesiens mehr nach Wien als nach Prag orientierte. Der Nationalismus erwies seine Scheidekraft somit auch an einer grundsätzlich internationalen Bewegung.

Wie überall in West- und Mitteleuropa waren auch in den Böhmisches Ländern die Arbeiterbildungsvereine Wegbereiter und Helfer der politischen Organisation der Arbeiterschaft. Reichenberg wurde von 1877 an für dreieinhalb Jahre Sitz des Zentralkomitees der österreichischen Sozialdemokratie, der Eintritt des tschechischen Arbeiters in die von Deutschen bestimmte Organisation oder Gewerkschaft bedeutete für ihn auch eine Art Anerkennung seiner nationalen Gleichberechtigung. In dem Maße, als bei steigender Industrialisierung die Zahl und Bedeutung der ungelerten Arbeiter wuchs, die Arbeiterbewegung also eine immer breitere Grundlage erhielt, wurde auch die nationale Untergliederung eine dringende Notwendigkeit. In die gleiche Richtung wirkte, daß gewisse Berufsgruppen vornehmlich einer Nationalität angehörten und daß vor allem seit den 80er Jahren die Industrialisierungswelle sprunghaft rein tschechische Gebiete erfaßte. Prag gewinnt als Zentrum der tschechischen Sozialdemokratie maßgebliche Bedeutung, während die tschechischen Unterorganisationen Reichenbergs und Brünns, die in engem Zusammenhang mit deutschen Vereinen entstanden waren, an Einfluß verloren. Unter J. Pecka und L. Zápotočský entwickelte sich die tschechische sozialdemokratische Partei sehr rasch, griff auch auf die tschechische Arbeiterschaft Wiens über und nahm in steigendem Maße nationale Zielsetzungen in sich auf, da die gesellschaftliche Entwicklung und der soziale Aufstieg des tschechischen Volkes ja auch ein Teil seiner nationalen Entfaltung war, nationale und soziale Entfaltung somit gleichgerichtete und eng verbundene Prozesse darstellten. Damit war vom ersten großen Einigungsparteitag von Hainsfeld (1889) über das Brünner Nationalitätenprogramm (1899) bis zum Ende der Monarchie im Schoße der Arbeiterbewegung in steigendem Maße der Kampf nationaler Gegensätze durchzufechten, der zur Föderierung der Gesamtpartei in eine hauptsächlich deutsche und in eine tschechische Organisation zwang und schließlich sogar zur nationalen Sprengung der einheitlichen Gewerkschaftsorganisationen (1897) führte, die auch 1904, bei den Fusionsversuchen unter J. Roušar, nicht mehr rückgängig gemacht werden konnte. Ab 1897 kann man auch von einer Parteiföderation sprechen, ohne daß zunächst die einheitliche Vertretung im Parlament und die einheitliche Führung wesentlich beeinträchtigt worden wäre. Wengleich die tschechischen Reichstagsabgeordneten noch 1897 die Staatsrechtsideologie in einer Erklärung ausdrücklich ablehnten und das Brünner Nationalitätenprogramm in Fortführung von Löhners Gedanken einen ethnischen Föderalismus Österreichs anstelle des hi-

storischen Föderalismus forderte, so kann die einstimmige Annahme dieses Programmes doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der programmatische Einheitswille auf hartnäckigen tschechischen Widerstand stieß. Schon der deutsche Standpunkt, den der Deutschböhme J. Seliger auf dem Brüner Parteitag als Referent entwickelte, daß nämlich die Nationalitätenfrage nicht als Machtfrage sondern als kulturelle aufgefaßt werden müsse und daher eine Leitung und Regelung der kulturellen Institutionen durch die nationalen Selbstverwaltungskörper den Grund der Nationalitätenhetze beseitigen werden, entsprach nicht der Auffassung vieler tschechischer Sozialisten (Modráček, Soukup, Meißner), die der Ansicht waren, daß der soziale und nationale Aufstieg ihres Volkes eng miteinander verknüpft sei. Daher wandten sie sich auch gegen eine „verfrühte“ Abgrenzung ethnisch einheitlicher Bezirke, weil sie überzeugt waren, daß der tschechische Bevölkerungsüberschuß auf lange Sicht auch zur territorialen Expansion führen müsse; man sieht, die taktischen Gesichtspunkte der nationalen bürgerlichen Parteien (deutscher „defensiver“ ethnischer Landesteilungsplan und tschechischer „offensiver“ Landeseinheitsgedanke zum Zwecke der allmählichen Durchdringung der deutschen Gebiete) tauchten in der Arbeiterbewegung jetzt wieder auf und durchkreuzten das ideologische und strategische Grundschema des Klassenkampfes. Ebenso opponierten die tschechischen Sozialisten gegen die Staatsrechtsideologie in erster Linie aus nationalen Motiven, weil sie die tschechischen Minderheiten in Wien und Niederösterreich nicht preisgeben wollten, auch hier hoffte man auf deren weitere Expansion im deutschen Sprachgebiet. Die schon erwähnte politische Konkurrenz der nationalsozialistischen tschechischen Arbeiterpartei V. Klofáčs trug das ihre dazu bei, daß sich der nationale Trend bis zum Ausbruch des Weltkrieges sowohl ideologisch wie organisatorisch noch verstärkte und daß im Kampf um die weitgehend „utraquistischen“, d. h. deutsch-tschechisch-übernationalen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen Mährens innere Zersetzungserscheinungen der österreichischen Gesamtpartei auftraten, ja, die Spaltung der Gewerkschaften führte von der de facto zur de jure Anerkennung der Eigenständigkeit der tschechischen sozialdemokratischen Partei im Jahre 1911. Wie schwer die nationalen Probleme auf der gesamten Arbeiterbewegung lasteten, hat kürzlich H. Mommsen eindrucksvoll dargelegt; die Schicksalsfrage der Donaumonarchie stellte sich in ihrer ganzen Schwere auch dem Arbeiter, wenn es auch seit Hainfeld Viktor Adler durch eine geschickte Ausgleichstaktik immer wieder gelang, ein hohes Maß von politischer Einheitlichkeit in der Arbeiterbewegung trotz alledem zu erreichen, von der auch die tschechische Arbeiterschaft letztlich den größten Nutzen zog. Im Sinne des fortgesetzten pragmatischen Ausgleichs der nationalen Gegensätze war und fühlte sich die österreichische Sozialdemokratie als eine im tieferen Sinne staats-erhaltende Partei, die den zentrifugalen Tendenzen in der westlichen Reichshälfte entgegenwirken konnte und dies weitgehend auch getan hat. Das Schicksal der „kleinen österreichischen Internationale“, das vor allem zwischen Tschechen und Deutschen im böhmisch-mährischen Raum

entschieden wurde (ein Schicksal, das in gewissem Sinne auf das Scheitern der II. Sozialistischen Internationale in den Augusttagen des Jahres 1914 vorausdeutete), machte jedoch klar, daß der Nationalismus kein überwundenes Relikt der bürgerlichen Epoche war, wie Marx geglaubt hatte, sondern, ebenso wie der Sozialismus, tiefe Wurzeln in der Gesellschaftsentwicklung hatte: er war Ideologie und Selbstverständnis expandierender und aufsteigender bürgerlicher, dann kleinbürgerlicher und ländlicher Bevölkerungsschichten, deren Kräfte die moderne Industriegesellschaft in den Böhmisches Ländern mitformten. Die notwendig enge Verflechtung sozialer und nationaler Dynamik im tschechischen Volke bedingte auch den starken Einfluß nationaler Gedanken und Ziele in der tschechischen Arbeiterbewegung, die deshalb immer wieder die Tendenz zeigte, sich den nationalen bürgerlichen Parteien des eigenen Volkes zu integrieren. Umgekehrt war der deutsche Arbeiter in den Böhmisches Ländern zwangsläufig stärker auf einen proletarischen Internationalismus hin orientiert, da die Parteien seines eigenen „nationalen Lagers“ — von der in den Böhmisches Ländern damals noch schwachen christlich-sozialen Partei abgesehen — meistens nicht mehr die politischen Willensorgane aufsteigender und expandierender Volksschichten waren, sondern weitgehend in sozialer und nationaler Defensive standen, alte Besitz- und Rechtspositionen verteidigen mußten, und somit eine natürliche Kluft zur deutschen Arbeiterbewegung bestand. Der deutschböhmisches Arbeiter blieb daher bis zum Weltkrieg innerhalb seines Volkes viel stärker und länger ein politischer und gesellschaftlicher „outcast“ als der tschechische Arbeiter in seinem Volke.

Gerade am Schicksal der Arbeiterbewegung in den Böhmisches Ländern kann man die eingangs erwähnte enge Verflechtung nationaler und wirtschaftlicher Faktoren bei der Auseinandersetzung zwischen dem tschechischen und dem deutschen Volke am klarsten erkennen. Damit enthüllt sich der Begriff des „Nationalitätenkampfes“, wenn er losgelöst von der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung allein als Movens der Geschichte des 19. Jahrhunderts in Böhmen betrachtet wird, selbst als ein Derivat der nationalen Ideologie, d. h. als ein wissenschaftlich unbrauchbarer Begriff, der nur unvollständig die wirklichen Vorgänge zu beschreiben vermag. Er ist daher nach Möglichkeit als ein ideologisches Moment aus der wissenschaftlichen Diskussion auszuschalten und durch differenzierte, sozialgeschichtliche Analysen zu ersetzen. Dies wurde wenigstens ansatzweise von mir versucht, inwiefern mir dies gelungen ist, muß ich Ihrem Urteil überlassen.

Lassen Sie mich wenigstens andeutungsweise noch einige Bemerkungen zur Reichsgeschichte anfügen, die sich aus der Betrachtung der böhmischen Entwicklung ergaben. Es sollen dies aber wirklich nur Aperçus sein, deren Berechtigung — wie ich hoffe — sich erst aus meinem Handbuchbeitrag ergeben wird. Dennoch sei es gewagt, sie hier abschließend vorzubringen.

1) Man wird m. E. die vierzehnjährige Ministerpräsidentenschaft Taaffes in Hinkunft günstiger beurteilen müssen, fällt doch in diese Epoche einer der letzten großen und wirklich ernsthaft angestrebten und auch gut vorbereite-

ten Ausgleichsversuche in den Böhmischen Ländern. Auch brachte sie die ersten erfolgreichen Ansätze einer positiven Sozialgesetzgebung, einen ausgewogenen Staatshaushalt und endlich die dringend notwendige Besteuerung des mobilen Großkapitals, besonders des Börsenkapitals, das sich bisher der Dienstleistung für die Allgemeinheit weitgehend mit Hartnäckigkeit entzogen hatte. Es ist m. E. unzulässig, die Schädlichkeit des „Taaffeschen Systems“ etwa mit dem ideologielosen Zynismus des Grafen Taaffe zu demonstrieren, seine Immunität gegen jede Art ideologischer Politik, die man ihm als „Fortwursteln“ ankreidete, kann ihn uns heute eigentlich nur empfehlen.

2) Desgleichen wird man m. E. künftig etwas vorsichtiger sein müssen hinsichtlich der Vorschußlorbeeren für den Thronfolger Franz Ferdinand und sein „Schattenkabinett“, und zwar aus folgenden Gründen: Es ist immer mißlich, Projekte zu loben, die sich niemals im Fegefeuer der politischen und gesellschaftlichen Realität bewähren mußten. Von den wirklichen Eingriffen Franz Ferdinands ins politische Leben kann man in einem Falle mit Sicherheit sagen, daß er der Monarchie den schwersten Schaden gebracht hat. Franz Ferdinand war maßgeblich mit in die Intrigen verwickelt, die zum Sturze des erfolgreichsten christlich-sozialen Ministerpräsidenten der Vorkriegszeit, Baron Wladimir Beck s, führten. Beck stand Franz Ferdinand ursprünglich nahe, man hat vermutet, daß Beck s spektakuläre Erfolge die Eifersucht des Thronfolgers erregt hätten, weshalb er kräftig zu seinem Sturz beigetragen habe. Franz Ferdinands Föderalisierungspläne, so berechtigt und notwendig sie an sich auch waren, bildeten für ihn ja kein Regierungsziel, sondern nur Mittel zum Zweck einer österreichischen imperialistischen Politik, die den inneren Frieden nur für ihren Expansionswillen benötigte, d. h. der Thronfolger war in den Sog des nachbismarckischen deutschen Imperialismus geraten, der — wie die Ereignisse zeigten — auch Deutschland zum Schaden ausschlug; um wieviel mehr erst der Donaumonarchie, deren Existenzbedingungen er grundsätzlich widersprach und die auch finanziell gar nicht in der Lage war, imperialistische Politik zu betreiben, wie die niederdrückenden Budgetdebatten des Reichsrates in den Jahren vor dem Weltkrieg zur Genüge beweisen. Der erste zögernde Schritt auf einen österreichischen Balkanimperialismus hin, die Bosnische Annexionskrise, hätte durch die negativen Rückwirkungen auf die Innenpolitik Österreichs jedem einsichtigen Politiker die Unmöglichkeit eines österreichischen Balkanimperialismus deutlich vor Augen führen müssen. Auf Franz Ferdinand verfehlte diese Lektion offenbar ihre Wirkung.

Im Zusammenhang damit wäre ein weiteres Fehlurteil zu korrigieren. Der deutschböhmische Politiker Eduard Herbst wandelt durch fast alle Darstellungen stereotyp als Exponent einer doktrinären realitätsfremden liberalen Prinzipienpolitik. Gerade Herbst aber hat am schärfsten und frühesten die schweren Implikationen der bosnischen Annexion für die innere wie für die Gesamtpolitik der Donaumonarchie erkannt. Auch will es m. E. nicht zum Typ des ideologischen Doktrinärs passen, daß Herbst zusammen mit Leopold von Hasner schon 1866 eine nationale Zweiteilung der Prager Univer-

sität gefordert hatte, also zu einer Zeit, als der deutsche Charakter der Lehranstalt noch unbestritten war, und die Universitätsfrage durch die beiderseitige nationale Propaganda noch nicht zu einem explosiven Politikum aufgebläht wurde wie in den 80er Jahren, als man unter tschechischem Druck die längst notwendige Zweiteilung bewilligte und natürlich dann mit dieser Konzession keine „moralischen Eroberungen“ bei den Tschechen machen konnte.

Man sollte gerade im ideologiegelagerten 20. Jahrhundert ein gewisses Gespür dafür bekommen haben, daß auch ein Politiker, der eine stark ideologische Partei repräsentiert, dennoch Realitäten einzuschätzen versteht; so wird man Eduard Herbst wohl in manchen Punkten gerechter als bisher einschätzen müssen. Daß es ihm nicht gelungen war, die liberale „Seniorenpartei“ fortschreitend zu einer modernen Volks- und Massenpartei zu erweitern, steht auf einem anderen Blatt, aber daran sind ja auch seine Kritiker und innerparteilichen Konkurrenten (z. B. I. v. Plener) gescheitert.

#### Literaturhinweise

(Auf Anmerkungen und eine größere Bibliographie wurde mit Rücksicht auf den Vortragscharakter der Darlegungen und auch im Hinblick auf die detaillierten Angaben meines Beitrages im künftigen „Handbuch der Geschichte der Böhmisches Länder“ verzichtet.)

- Allmayer - Beck, J. Ch.: Ministerpräsident Baron Beck. Ein Staatsmann des alten Österreich. München 1956.
- Baernreither, J. M.: Der Verfall des Habsburgerreiches und die Deutschen. Wien 1939.
- Bosl, K.: Deutsche romantisch-liberale Geschichtsauffassung und „slawische Legende“. Bohemia-Jahrbuch 5 (1964) 12—52.
- Hantsch, H.: Die Nationalitätenfrage im alten Österreich. Wien 1953.
- Hugelmann, K. G.: Das Nationalitätenrecht des alten Österreich. Wien 1934.
- Kann, R.: The Multinational Empire. Nationalism and National Reform in the Habsburg Monarchie 1848—1918. 2 Bde. New York 1950.
- Kohn, H.: Die Idee des Nationalismus, Ursprung und Geschichte bis zur Französischen Revolution. Heidelberg 1950.
- Kramář, K.: Anmerkungen zur böhmischen Politik. Wien 1906.
- Lades, H.: Die Tschechen und die deutsche Frage. Erlangen 1938.
- Lemberg, E.: Geschichte des Nationalismus in Europa. Stuttgart 1950.
- Lemberg, E.: Volksbegriff und Staatsideologie der Tschechen. In: Das böhmische Staatsrecht in den deutsch-tschechischen Auseinandersetzungen des 19. u. 20. Jhs. Marburg/Lahn 1960, S. 42—78.
- Lemberg, E.: Voraussetzungen und Probleme des tschechischen Geschichtsbewußtseins. In: Geschichtsbewußtsein in Ostmitteleuropa. Marburg/Lahn 1961, S. 94—103.
- Molisch, P.: Geschichte der deutschnationalen Bewegung in Österreich von ihren Anfängen bis zum Zerfall der Monarchie. Jena 1926.
- Mommsen, H.: Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im habsburgischen Vielvölkerstaat. Wien 1963.
- Plaschka, R.: Von Palacký bis Pekař. Geschichtswissenschaft und Nationalbewußtsein bei den Tschechen. Graz-Köln 1955.
- Přehled československých dějin [Abriß der tschechoslowakischen Geschichte]. Bd. 1 (bis 1848). Prag 1958; Bd. 2, Tl. 1 u. 2 (1848—1918). Prag 1960.

- Prinz, F.: Hans Kudlich (1823—1917). Versuch einer historisch-politischen Biographie. München 1962. (Veröffentl. d. Coll. Carolinum 11.)
- Prinz, F.: František Palacký als Historiograph der böhmischen Stände. In: Probleme der böhmischen Geschichte. München 1964, S. 84—94. (Veröffentl. d. Coll. Carolinum 16.)
- Purš, J.: Průmyslová revoluce v českých zemích [Die industrielle Revolution in den Böhmischem Ländern]. Prag 1960.
- Redlich, J.: Das österreichische Staats- und Reichsproblem. 2 Bde. Leipzig 1920/26.
- Tobolka, Z. V.: Politické dějiny československého národa od r. 1848 až do dnešní doby [Polit. Geschichte des tschechoslowakischen Volkes v. J. 1848 bis zur Gegenwart]. 4 Bde. Prag 1932/37.
- Udalzov, I. I.: Aufzeichnungen über die Geschichte des nationalen und politischen Kampfes in Böhmen im Jahre 1848. Übers. a. d. Russischen. Berlin 1953.
- Wandruszka, A.: Österreichs politische Struktur. In: Geschichte der Republik Österreich. München 1954, S. 291 ff.
- Wierer, R.: Der Föderalismus im Donaauraum. Graz-Köln 1960.
- Zwitter, F.: Les problèmes nationaux dans la monarchie des Habsbourg. Belgrad 1960.

Hinzuzunehmen sind die bekannten Werke von V. Bibl, B. Bretholz, L. Brügel, R. Charmatz, A. v. Czedik, E. Denis, L. Eisenmann, A. Fischel, H. Friedjung, Hugo Hassinger, J. A. v. Helfert, K. Kazbunda, A. Klíma, J. Kořalka, K. Krofta, J. Pfitzner, E. Rádl, H. Rauchberg, H. Raupach, K. Renner, W. Rogge, F. Roubík, A. Springer, A. Srb, H. v. Srbik, E. Strauß, E. Winter, W. Wostry u. a. m.